

Z+ Grüne und Umweltverbände

Im Machtschatten

Früher Kampfgefährten, heute entfremdete Partner: Zwischen Deutschlands Umweltverbänden und der grünen Partei hat sich die Stimmung deutlich verschlechtert

Von Hannah Knuth

Aus der ZEIT Nr. 15/2024 [[https://www.zeit.de/2024/15/index?](https://www.zeit.de/2024/15/index?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zeit&utm_medium=fix&utm_source=zeitde.zonpme.int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zeit)

[wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zeit&utm_medium=fix&utm_source=zeitde.zonpme.int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zeit](https://www.zeit.de/2024/15/index?wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zeit&utm_medium=fix&utm_source=zeitde.zonpme.int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zeit)
3. April 2024

▶ 11 Min.

6

Verschenken



Die ersten Naturschützer denken darüber nach, den Rücktritt von Robert Habeck zu fordern. © Philotheus Nisch für DIE ZEIT

In der Paartherapie gibt es den Begriff der emotionalen Entfremdung: Wenn man noch zusammen ist, aber sich nicht mehr zusammengehörig fühlt. Wenn die Nähe verloren gegangen ist. Wenn gemeinsame Erfolge ausbleiben. Dass es in Beziehungen so weit kommen kann, hat meistens mit Erwartungen zu tun, die man aneinander hat, sagen Therapeuten. Probleme entstehen, weil Erwartungen unerfüllt bleiben. Oder zu hoch sind. Oder beides.

Wer sich in diesen Tagen bei den Grünen und den Umweltverbänden umhört, bekommt den Eindruck, die Partei und die Umweltschützer steckten in einer solchen Entfremdungsphase. Zwei Partner, die sich lange emotional nahestanden, lästern immer häufiger hinter vorgehaltener Hand übereinander. Spricht man mit einigen führenden Umweltschützern über Robert Habeck oder die Grünen, könnte man fast denken, Hubert Aiwanger rede gerade über seinen politischen Gegner. Es sind Gespräche, aus denen die Umweltschützer nicht öffentlich zitiert werden wollen. Es fallen Sätze wie:

"Eigentlich müsste man die Grünen in Schutt und Boden reden."

"Robert ist jenseits von Gut und Böse."

"Ich will nicht wissen, was der Mann morgens raucht."



Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 15/2024. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

<https://premium.zeit.de/abo/diezeit/2024/15>

Irgendetwas scheint zerbrochen zwischen den Grünen und den Umweltverbänden. Nach über zwei Jahren grüner Regierungsbeteiligung wirkt das Verhältnis so lädiert wie nie. Früher waren die Verbände für die Grünen das, was die Gewerkschaften für die SPD waren: Verbündete in der Sache, vereint im Milieu, im linken vor allem. Viele Mitarbeiter in den Verbänden sind jahrelange Mitglieder der Grünen, auch einige Chefs haben ein grünes Parteibuch. Nun denken die ersten von ihnen in Hintergrundgesprächen darüber nach, den Rücktritt eines grünen Ministers zu fordern. Sie kritisieren, die Partei würde ihr eigenes Selbstverständnis verraten, sich bei aller Euphorie über die Energiewende von ihrem grünen Kern entfernen: dem Natur- und Artenschutz. Die Kritik richtet sich vor allem gegen Robert Habeck.

"Was Natur und Umwelt unter dem grünen Wirtschaftsministerium erleiden mussten, hätten wir uns kaum vorstellen können", sagt der Geschäftsführer des Deutschen Naturschutzrings Florian Schöne.

Entscheidungen seien immer wieder auf dem Rücken der Natur ausgetragen worden. "Natürlich löst das scharfe Proteste in den Verbänden aus. Besonders auf lokaler Ebene ist der Unmut groß."

Nun kann man sagen: Frust gehört seit Langem zum Wesen von Umweltverbänden. Aber in den vergangenen Wochen hat es im Naturschutzbund Nabu, beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Deutschen Umwelthilfe, bei Greenpeace und dem WWF, dem World Wide Fund for Nature, eine neue Form der Emotionalisierung gegeben. Die Frust hat sich in Wut gewandelt. Ausgerechnet.

Es ist ja nicht so, als erreiche die Grünen im Moment keine Wut. Sie kommt bloß bislang von den Bauern und den Heizungsinstallateuren, von ehemaligen Rennfahrern und Rappern, von rechten Verschwörungstheoretikern. Jetzt ist auch in den politiknahen Verbänden der Natur- und Umweltschützer etwas gekippt.

Nur was?

Natürlich waren die Erwartungen groß, als die Grünen in die Regierung kamen. Bekannte und Freunde waren plötzlich in Ämtern und Verantwortung. Man sprach jetzt nicht mehr nur über all die Dinge, die man tun würde, wenn man könnte. Man sprach jetzt über all die Dinge, die in einen Koalitionsvertrag gehören, Kapitel 3, Unterpunkt 2, Zeile 1.168 zum Beispiel. "Die Energiewende werden wir ohne den Abbau von ökologischen Schutzstandards forcieren."

Damit ging es los. Und damit kam es auch gleich zur Enttäuschung.

Im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine musste die Regierung die Energieversorgung sicherstellen. Habeck präsentierte ein Gesetz zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien. Ein guter Wurf, fanden die meisten Verbände, der allerdings auf Kosten des Rotmilans gehe. Und des Seeadlers. Und der Schwarzstörche. Und der Weißstörche. Denn um neuen Platz für die Windkraftanlagen zu finden, verringerte das Ministerium die vorgesehenen Abstände zu den Brutplätzen der Vögel.

Gefährlich, weil die Vögel in die Rotoren fliegen können, fanden die Naturschützer.

Dann stirbt halt mal ein Vogel, fand das grüne Wirtschaftsministerium.

Ein erster Stresstest für das Paar.

Neue Kräfteverhältnisse zwischen Klima und Natur

Habecks Ministerium hatte direkt ein paar Zahlen parat: In Deutschland sterben schätzungsweise ein bis vier Vögel pro Windenergieanlage und Jahr. 100 bis 115 Millionen Vögel hingegen sterben jährlich durch Glasflächen an Gebäuden. Rund 70 Millionen im Verkehr. 20 bis 100 Millionen Vögel werden Opfer von Hauskatzen.

Die Naturschützer antworteten: Ist bei den Zahlen nicht jeder tote Vogel einer zu viel?

Um den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen, sollten vielerorts Standardprüfungen durchgeführt werden, bei denen der Naturschutz schnell zu kurz kommen kann. Ein weiteres Gesetz erlaubte wenig später zudem Ausnahmen zur sogenannten Umweltverträglichkeitsprüfung. Das sind die Prüfungen, bei denen sich die Öffentlichkeit mit ihren Bedenken einbringen kann und die deshalb oft Jahre dauern können.

Sie hätten es zu dem Zeitpunkt schon bemerken können, sagen einige in den Verbänden heute: Das war der Moment, als der Naturschutz bei den Grünen plötzlich ein neues Framing bekam. Er war jetzt der Ausbremsen des Klimaschutzes.

Die neuen Kräfteverhältnisse zwischen Klima und Natur wurden sogar in einer Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes verankert. Erneuerbare Energien liegen im überragenden öffentlichen Interesse, heißt es darin. Sie haben deshalb bei der Abwägung von Schutzgütern in Ausnahmefällen Vorrang gegenüber Wasserschutzgebieten, dem Forst- und Naturschutz.

Der Klimaschutz, dieses große Transformationsprojekt, ist in gewisser Hinsicht ein brutaler Vorgang. Er hat nicht viel gemein mit der Idee des Naturschutzes. Er braucht Platz. Und beansprucht Priorität. Naturschutz aber betreibt man, indem man die Natur in Ruhe lässt.

Vieles von dem, was seither zur Entfremdung zwischen den Umweltverbänden und den Grünen geführt hat, zeigt sich in diesem Zielkonflikt.

Das LNG-Beschleunigungsgesetz zum Beispiel, das ermöglichen soll, dass schneller und unbürokratischer flüssiges Erdgas nach Deutschland importiert werden kann. Mehrere LNG-Terminals will die Bundesregierung an den deutschen Küsten installieren, darunter einen neuen vor Rügen [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2024-02/lng-fluessiggas-ruegen-mukran-probebetrieb>]. Das Gas wird für den Transport auf minus 163 Grad heruntergekühlt und an den Terminals wieder in den gasförmigen Zustand versetzt. Irgendwann soll dort auch der grüne Wasserstoff ankommen. Robert Habeck sagt: Für den Klimaschutz in Deutschland und Europa ist diese Infrastruktur essenziell.

Der BUND, der Nabu, der WWF und die Deutsche Umwelthilfe sagen: Für jede einzelne Baumaßnahme am LNG-Terminal auf Rügen seien Ausnahmen von Naturschutzvorgaben genehmigt worden, und das ohne eine Umweltverträglichkeitsprüfung, wie es bislang Standard war. Die neue Abhängigkeit vom Flüssiggas führe zu massiver Naturzerstörung entlang der Küsten. Pipelines im Greifswalder Bodden würden Meeresschutzgebiete zerschneiden und Riffe zerstören. Baggerarbeiten gefährdeten das Laichgebiet des Herings. Sie störten Aale, Störe, Ostseedelfine.

All das würden sie gerne anbringen, aber es ist schon zu spät: Die Terminals dienen der öffentlichen Sicherheit. "Die schnellstmögliche Durchführung dieser Vorhaben dient dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland und ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses (...) erforderlich." So steht es im LNG-Beschleunigungsgesetz.

"Wir sind alle in der Realität angekommen"

Leif Miller ist der Bundesgeschäftsführer des Nabu, des ältesten Umweltverbands Deutschlands mit mehr als 940.000 Mitgliedern und Förderern. Miller ist seit 25 Jahren beim Verband. Befreundet mit vielen Grünen, auch mit der Umweltministerin Steffi Lemke. Und er sagt: "Die Grünen in der Regierung sind eine große Enttäuschung." Er habe noch nie erlebt, dass der Arten- und Naturschutz in einer Regierung so zurückstecken musste wie in dieser.

"Wenn mir vor zehn Jahren jemand gesagt hätte, dass ein grüner Wirtschaftsminister einmal die Bürgerbeteiligungsrechte beim Naturschutz einschränkt, wäre ich vom Glauben abgefallen." Er sieht diese Entwicklung in der gesamten Partei, die sich verändert habe. "Die Grünen sind nicht mehr das, wofür ihr Name steht", sagt Miller.

Es sind nicht nur die Umweltverbände, die den Verlust von Natur- und Artenschutz in der grünen Klimapolitik kritisieren. Im vergangenen Jahr zirkulierte in der Partei ein Positionspapier, verfasst von einem Mitglied aus der parteiinternen Bundesarbeitsgemeinschaft Ökologie. Darin heißt es, die Grünen hinterließen im Naturschutz eine "immer breiter werdende Spur der Verwüstung".

Es gibt ein Regierungsprogramm, das die Ökosysteme stärken und den Klimaschutz mit dem Natur- und Artenschutz verbinden soll. Zuständig ist das Umweltministerium unter der grünen Ministerin Lemke; vorangetrieben werden soll zum Beispiel die Renaturierung von Kohlenstoffsenken wie Mooren, Wäldern, Seegras- und Salzwiesen.

Doch im Rahmen der Haushaltskrise wurden die Gelder für dieses Programm gekürzt. Lemke, die bei den Umweltverbänden geschätzt wird, aber als machtlos beschrieben wird, soll für das Programm statt der ursprünglich geplanten fünf Milliarden Euro nur noch 3,5 Milliarden bekommen.

Z +

Exklusiv für Abonnenten

Niederlande

Das Vieh muss weg

[<https://www.zeit.de/wirtschaft/2024-03/niederlande-stickstoffkrise-landwirtschaft-bauernproteste-regierung>]

Özden Terli

"Diese Wüstenluft gehört hier nicht her"

[<https://www.zeit.de/wissen/2024-04/oezden-terli-metereologe-warmes-wetter-april>]

Immobilienfinanzierung

So gelingt das wichtigste Gespräch für Hauskäufer

[<https://www.zeit.de/geld/2024-01/immobilienfinanzierung-hauskauf-kredit-bank-tipps>]

Mehr Abotexte → [<https://www.zeit.de/exklusive-zeit-artikel>]

Dann verkündete die Bundesregierung im Februar auch noch, künftig die unterirdische Speicherung von CO₂ [<https://www.zeit.de/2023/51/co2-speicherung-kohlendioxid-treibhausgase-carbon-capture-storage>] zuzulassen, was unter Grünen jahrelang als Tabu galt, unter Umweltverbänden ohnehin – und was nun ausgerechnet von den Grünen als Beitrag zur Lösung des Klimaproblems verteidigt wird.

"Wir sind alle in der Realität angekommen", sagt Heike Vesper, Vorständin für Transformation Politik und Wirtschaft beim WWF. "Jeder Verband hat so seine Bruchstellen mit der Partei." Es gebe noch immer einen guten Austausch mit den Grünen. Etwa alle drei Monate trifft sich die Partei- und Fraktionsspitze mit den Vertretern der Verbände. "Aber es ist natürlich heute ein anderes Arbeiten. Ein anderes Sprechen", sagt Vesper. Das habe mit der veränderten Rolle zu tun. "Die Grünen sind nicht mehr die Oppositionspartei, mit der wir viele Jahre inhaltlich auf einer Linie zusammengearbeitet haben."

In mehreren Verbänden ist eine Diskussion darüber entfacht, wie man als Umwelt- und Naturschützer mit den jüngsten Rückschlägen umgehen soll. Einige glauben, es sei an der Zeit, deutlich zu machen, dass die Grünen nicht mehr die Grundlinien des eigenen Umweltverbandes vertreten – in der Hoffnung, man könnte die Partei dadurch wachrütteln. Beim Deutschen Naturschutzring wird in internen Runden schon der berühmte Satz von Christian Lindner zitiert: Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren. Im Nabu diskutieren einige sogar, ob der Zeitpunkt gekommen ist, den Rücktritt von Robert Habeck zu fordern. Und von Landwirtschaftsminister Cem Özdemir gleich dazu. So denkt das eine Lager in den Verbänden.

Das andere glaubt: Wenn wir das tun, schreiten wir in die Bedeutungslosigkeit. Dann verlieren wir den einzigen Partner, den wir noch haben.

Viele Grüne vertrauen darauf, dass sich bei den Diskussionen in den Verbänden das zweite Lager durchsetzt, das besonnene, vernünftige, wie sie es nennen. In den vergangenen Monaten hat die Partei auch ihre Erwartungen an die Verbände formuliert: Schafft ihr doch mal die gesellschaftlichen Mehrheiten für die Umwelt.

Es gibt in der Partei aber auch einige, die sagen: Im Naturschutz müssen wir wieder sichtbarer werden. Da waren wir zuletzt nicht gut. Sie flüstern das bislang nur. Ob das reicht, um wieder zueinanderzufinden?